

EU-Förderperiode 2021 bis 2027

Kommunen ohne Stimme?

Lange verhandelten die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten das Förderbudget für die Haushaltsperiode 2021 bis 2027. Im Juli 2020 einigten sie sich auf einen mehrjährigen Finanzrahmen in Höhe von über einer Billion Euro und kündigten angesichts der Corona-Krise einen Zusatzfond – Next Generation EU – in Höhe von 750 Milliarden Euro an. Welchen Einfluss haben die Kommunen auf die Verteilung dieser Ressourcen?

> Henriette Wägerle

Noch gibt es die neuen Mittel nicht und auch noch keine Programmübersicht für die Förderperiode 2021 bis 2027. Das Budget wurde endgültig erst Ende 2020 vom EU-Parlament verabschiedet. Die Details der Förderprogramme arbeitet man noch aus. Erste Ausschreibungen soll es dann ab Sommer 2021 geben. Ausnahme ist das Bildungsprogramm ERASMUS+, bei dem das voraussichtlich bereits ab April der Fall sein wird.

Die Ausgabenpolitik der EU steht unter dem Grundsatz des European Green Deal.¹ Damit gibt die EU die Schwerpunkte der künftigen Fördermaßnahmen vor, darunter: Versorgung mit sauberer und erschwinglicher Energie, Kreislaufwirtschaft, nachhaltiges Bauen und Sanieren, nachhaltige Mobilität sowie ein faires Lebensmittelsystem.

Horizon Europe, Strukturfonds und Next Generation EU

Eine interessante Förderschienen für Kommunen ist dabei Horizon Europe², Nachfolger des Programms Horizon 2020. Unter anderem greift die EU damit ausgewählten Städten beim Ziel Klimaneutralität finanziell unter die Arme. Kommunen, die das Programm in Anspruch nehmen wollen, müssen die Beiträge in einem Finanzkonzept für die gesamte Laufzeit bis 2030 festlegen. Bis April 2021 soll der strategische Plan für Horizon Europe erarbeitet, der Implementierungsplan im Sommer 2021 verabschiedet werden. Vorher dürfen rechtlich gesehen noch keine Finanzmittel

aus der neuen Förderperiode ausbezahlt werden. Derzeit gibt es jedoch noch Ausschreibungen, die mit Restmitteln aus dem alten Programm Horizon 2020 finanziert werden.

Für das befristete Corona-Aufbauprogramm Next Generation EU sind bis Ende 2023 rund 750 Milliarden Euro vorgesehen, Deutschland erhält davon rund 23,3 Milliarden. Aus den Strukturfonds (EFRE, ESF) erhält Deutschland 18,4 Milliarden Euro. Diese Mittel sollen für die Ziele des Green Deals eingesetzt werden, also zur nachhaltigen Transformation Europas, zum Erreichen der Klimaziele. Dies kann nur gemeinsam mit den Kommunen gelingen.

Viele Appelle bleiben ungehört

Europäische Städte fordern seit Jahren mehr Mitspracherecht bei der Verwendung der Mittel aus den verschiedenen Förderstrukturen der EU. Auch 2020 haben sie die Union aufgefordert, direkte Zugänge für Kommunen zu ermöglichen. Der Ende 2019 neu gewählte Grüne Budapester Oberbürgermeister Gergely Karácsony initiierte dafür im Frühjahr 2020 den Aufruf „Direct European Funding for Cities“. Insbesondere für lokale Klimaschutzmaßnahmen sollen die Kommunen direkt mit Finanzmitteln gestärkt werden. Der Aufruf wurde von über 35 europäischen Städten, darunter auch viele deutsche wie Hannover, Wolfsburg, Ingolstadt und München, unterschrieben. Die EU-Mitgliedstaaten – auch Deutschland – haben das Anliegen

jedoch ignoriert. Bei den Budget-Verhandlungen im Sommer 2020 haben die Staaten außerdem durchgesetzt, dass die verfügbaren Haushaltsmittel zu einem höheren Prozentsatz als bisher über die nationale Ebene verausgabt werden.

Die Bürgermeister*innen der deutschen Mitglieder des Städtetzwerks Eurocities hatten in einem gemeinsamen Brief Bundeskanzlerin Angela Merkel aufgefordert, sich während der deutschen Ratspräsidentschaft für die Belange der Städte einzusetzen. Insbesondere forderten sie, den Städten einen unbürokratischen Weg zu Finanzmitteln zu öffnen, um gegen die Folgen der Covid-19-Pandemie besser anzukommen. Die Antwort war ernüchternd: Es sei nicht beabsichtigt, die kommunale Ebene in die Entscheidung über die Mittelverteilung zu involvieren, die Städte könnten sich bezüglich der Coronahilfen an die jeweiligen Länder wenden.

Die Bundesländer erarbeiten in Deutschland auch die operationellen Programme für EFRE und ESF. Sie beziehen die Kommunen in sehr unterschiedlicher Weise und unterschiedlichem Umfang ein. Eingebunden sind meist Vertreter*innen der kommunalen Spitzenverbände. Über Informationen verfügen auch die Landtagsabgeordneten der Europaausschüsse. Wie in der vergangenen Förderperiode ist damit zu rechnen, dass – sobald die Programme verabschiedet sind – auch grüne Landtagsabgeordnete und EU-Parlamentarier*in-

nen ihr Wissen über die Förderprogramme für Kommunalis aufbereiten.

Einige Erfolge konnten die Städte durch ihr Engagement erzielen: Die Kürzungen bei den zentralen Programmen wie Horizon Europe fielen weniger hoch aus als befürchtet. Außerdem erreichten sie, dass Städtenetzwerke wie Eurocities und der europäische Rat der Gemeinden und Regionen kontinuierlich informiert und in die Entwicklung von EU-Instrumenten eingebunden werden. Das gilt neben Horizon Europe für zahlreiche von der EU direkt verwaltete Förderschienen, die für Kommunen interessant sind. Im EFRE sind außerdem acht Prozent der Mittel für die integrierte Stadtentwicklung reserviert.

Aufbau- und Resilienzpläne

Staaten, die Mittel von der EU abrufen wollen, müssen mit sogenannten Aufbau- und Resilienzplänen erläutern, wofür sie das Geld verwenden. Die EU schreibt vor, dass 30 Prozent davon in Klimaschutzmaßnahmen fließen sollen. Deutschland hat bereits im Sommer 2020 ein Konjunktur- und Zukunftspaket auf den Weg gebracht, ohne die europäischen Zusagen abzuwarten. Dieses Paket bildet nun die Grundlage für den Deutschen Aufbau- und Resilienzplan und die auszuwählenden Projekte.

Der Deutsche Städtetag wurde vom Bund frühzeitig in die Entwicklung des Konjunktur- und Zukunftspakets einbezogen. Für ihn ist damit die Pflicht gegenüber der kommunalen Ebene erfüllt. Das kommunizierte er auch in einem Schreiben Mitte Dezember 2020: Eine Einbindung der kommunalen Ebene sei im Auswahlprozess zwar nicht vorgesehen, aber über den Weg der Projektauswahl vom Aufbau- und Resilienzplan würden die Kommunen profitieren.

Damit ist Deutschland in schlechter Gesellschaft: Eine Umfrage des Rates der Gemeinden und Kommunen Europas (CEMR), des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) und von Eurocities ergab, dass die Einbindung der Städte in der Mehrheit der EU Länder unzurei-



Foto: Pradeep Charles / Unsplash

chend war und weit hinter das zurückgefallen ist, was die Städte in den vergangenen Jahren erreicht hatten. Rühmliche Ausnahme ist unter anderem Finnland, das die Förderprojekte ihres Aufbau- und Resilienzplans gemeinsam mit den Städten erarbeitet hat.

Parlament und Rat haben 2020 die kommunalen und lokalen Gebietskörperschaften bereits in einem Konsultationsverfahren beteiligt. Die Kommission hat die Erkenntnisse daraus Ende Januar in die Richtlinien für die Erstellung der Pläne aufgenommen. Das Europäische Parlament will den Kommunen nochmals zur Hilfe kommen und im Februar 2021 (nach Andruck dieser AKP) beschließen, dass die Kommunen bei der Ausgestaltung der Aufbaupläne und damit bei der Mittelvergabe von Next Generation EU ein Mitspracherecht erhalten müssen.

Europareferent*innen der Kommunen einbeziehen

Die europäischen Städte haben ihre Europaabgeordneten aufgefordert, diese Verordnung zu unterstützen. Sie muss dann auch in Deutschland umgesetzt werden. Ansprechpartner der Bundesregierung dürfte hier wiederum der Deutsche Städtetag sein. Es ist deshalb wich-

tig, dass die Kommunen sowohl gegenüber der Bundesregierung als auch gegenüber den kommunalen Spitzenverbänden fordern, dass nicht nur die einschlägigen Fachausschüsse informiert werden. Auch die Expertise der kommunalen Europareferent*innen muss eingeholt werden. Denn nur die kommunalen Fachleute, die auch auf europäischer Ebene mit den Förderprogrammen der EU-Kommission zu tun haben, können mit ihren Erfahrungen die Ausarbeitung des Aufbau- und Resilienzplans so begleiten, dass die Kommunen von den Projekten profitieren. Doch die Zeit drängt: eine umfassende Konsultation der Kommunen wird bis zur Abgabefrist 31. April kaum noch möglich sein.

1) Wägerle, Henriette: European Green Deal und die neue Förderperiode – Fly me to the moon (Schwerpunkt „Geld – Macht – Politik“), in: AKP 2/2020, S. 41 ff.

2) Projektseite von Horizon Europe auf ex.europa.eu:gruenlink.de/1xyl

> Henriette Wägerle leitet bei der Landeshauptstadt München im Referat für Arbeit und Wirtschaft die Abteilung „Europa“ und ist seit vielen Jahren Mitglied der ehrenamtlichen AKP-Redaktion.